

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien, (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelehrten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Poststellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4sp. Zeile 20 Pfg. für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln.

Die sozialdemokratische Deke gegen die christlichen Gewerkschaften anlässlich der Reichsfinanzreform (Schluß.)

Der Mehrbedarf des Deutschen Reiches an Einnahmen ist hauptsächlich verursacht durch seine steigenden Militär-, Marine- und Kolonialausgaben. Man braucht kein Schwärmer für Militär und Marine zu sein — ich bin es bestimmt nicht — kann man manche luxuriöse Ausgaben in Heer und Marine verurteilen und kommt trotzdem an der Tatsache nicht vorbei, daß Deutschland eine starke Wehrmacht gebraucht zu Wasser und zu Lande. Auch in den außereuropäischen Gebieten braucht Deutschland Stützpunkte für seinen internationalen Handel und Absatzgebiete für die heimischen Industrieprodukte in Form von Kolonien, wie auch auf die Dauer von dort Rohstoffe für die Industrie beschafft werden müssen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes sind hauptsächlich bedingt durch dessen

politische Machtverhältnisse.

Es hat eine Zeit gegeben, wo selbst das kleine Holland den deutschen Handelschiffen an der Rheinmündung die wichtigsten Sammelstellen machte. Heute selbst dem Deutschland erstarbt ist, ist das anders. Vor den Kapitiven Handelsverträgen von 1893 hatte Deutschland, obwohl 14 Millionen Einwohner weniger wie heute, eine bedeutend größere Auswanderung wie gegenwärtig; viele Deutschen mußten im Ausland Erwerb suchen. Heute ist das Entgegengesetzte der Fall; heute werden bei normaler Wirtschaftslage in Deutschland Hunderttausende Ausländer beschäftigt. Bei einem Lande, das seine Bevölkerung nicht ernähren kann, ist ein andauerndes wirtschaftliches Aufsteigen der Lohnarbeiterklasse eine bare Unmöglichkeit. Heute beziehen die der gewerblichen Unfallversicherung unterstehenden Personen eine jährliche Lohnsumme von rund 87 Milliarden Mark. Das wäre ausgeschlossen, trotz Gewerkschaftsbewegung, wenn nicht die deutsche Volkswirtschaft innerlich gefestigt, und der deutsche Nutzenanbel im letzten Jahrzehnt eine so günstige Entwicklung aufzuweisen hätte. An dessen ruhiger Weiterentwicklung sind die deutschen Lohnarbeiter auf das allerbestimmteste interessiert. Die Sozialdemokratie würde sicher diese Wunder erleben, wenn sie heute in Deutschland zu politischer Macht gelangen würde und nach den Grundfragen verfahren würde, die sie seit der die Waffen gelegt. Internationale Friedensverträge sind ganz ideal; trotzdem werden sie nach lange Zeit, wenn nicht für immer, an der Wirklichkeit scheitern. Ob es jemals dahin kommen wird, daß Amerikaner, Engländer, Franzosen, Deutsche, Russen Japanesen, Chinesen usw. „ein einzig Volk von Brüdern“ werden, steht dahin. Unsere gegenwärtige Generation erlebt es zweifellos nicht. Bis jetzt hat die internationale Sozialdemokratie nicht einmal dem Rationalitätshader in Vesterreich wesentlich Abbruch zu tun vermocht. Deutschland wird also im nächsten Menschenalter im Interesse der Selbsthaltung einer starken Wehrmacht nicht entzogen können. Und wenn diese notwendig ist, müssen auch die Mittel dafür beschafft werden.

Die große Frage ist damit selbstverständlich nicht beantwortet, ob bei der letzten Reichsfinanzreform die Steuer- verteilung eine gerechte war. Darüber kann man sehr gut geteilter Ansicht sein. Auch hier eine Vorbemerkung: Die bürgerlichen Parteien haben sich in dieser Frage gegenständig nicht das mindeste vorzumischen. An der Steuergestaltung waren alle bürgerlichen Parteien beteiligt, und die Tatsache kann nicht aus der Welt diktiert werden, daß die Parteien, die anfänglich die Steuern machen wollten, was deren soziale Seite anbelangt — und darauf kommt es uns Arbeitern doch hauptsächlich an —, das Steuerbuckel den breiten Massen nicht wohl- richtiger serviert hätten, als die Parteien, die sich bei der endgültigen Verabschiedung zusammen fanden. Wenn also auch liberale und freimüthige Zeitungen gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten losziehen, so macht dies keinen Einbruch. Darum spricht höchstens parteipolitische Verdrängung, die mit dem sozialen Gebiet nichts zu tun hat. Als Arbeiter wäre es uns zweifellos am liebsten gewesen, wenn die ganzen Steuern auf die besitzenden Klassen abgewälzt worden wären.

Mit schönen Wünschen werden indes keine Steuern gemacht.

denn Steuern zahlt niemand gern. Hier kommt es auf den politischen Einfluß an, über den die einzelnen Gruppen verfügen. Und dieser ist für die deutsche Lohnarbeiterklasse der denkbar geringste. Die christliche Arbeiterbewegung allein ist in großen politischen Fragen als bestimmender oder wesentlich beeinflussender Entscheidungsfaktor noch nicht stark genug, die Sozialdemokratie dagegen stellt sich durch ihre doktrinaire Politik außerhalb des Gegenwartsstaates. Den rechtgläubigen sozialistischen Standpunkt vertretend, schrieb die Leipziger Volkszeitung (Nr. 213):

„Seit wann haben wir denn dem bestehenden System Geldmittel zu schaffen? Die Sozialdemokratie hat gar kein Interesse daran, daß die Finanzreform zustande kommt. Sie hat im Gegenteil alles Interesse daran, daß sie nicht zustande kommt, daß der Finanzjammer chronisch wird. Schließlich ist eine derartige Verweigerung der Einnahmen nur eine Konsequenz der Verweigerung der Ausgaben, wie sie durch den Münberger Beschluß erst im vorigen Jahre als der Wille der Partei ausgesprochen worden ist.“

Daß 1906/09 neue Einnahmen für das Reich notwendig waren, ist von keiner, auch von sozialdemokratischer Seite nicht bestritten worden. Wenn aber die Sozialdemokratie als angebliche „Arbeiterpartei“ „alles Interesse daran hat“, daß die Reichsfinanzreform „nicht zustande kommt“, dann ist es logisch und selbstverständlich, daß jede Regierung dieses Entscheidungswort hauptsächlich mit Vertretern anderer Interessengruppen machen muß. Ist es dann ein Wunder, wenn die Arbeiterinteressen schließlich dabei zu kurz kommen? Wer zur gegebenen Stunde nicht auf den Boden der Möglichkeit mitarbeitete, sondern in Wolkenkuckucksheimen phantasierte, hat sich aber das Recht verwirkt, nachträglich über den Inhalt von Gesetzen zu ratiunieren.

Ja, noch mehr: die sozialdemokratische Partei hat bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform mit den Arbeiterinteressen ein

tribales Spiel getrieben.

Die sozialdemokratischen Fraktionspolitiker, insbesondere die des sogenannten revisionistischen Flügels, drehte sich bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform, wie auf dem Leipziger Parteitag deutlich ausgesprochen wurde, lediglich um die Frage: Wie erzielen wir eine Reichstagsauflösung? Als ob damit den Interessen der Arbeiter, die zu vertreten die Sozialdemokratie vorgibt, gebient wäre! Nicht im entferntesten! Das Gegenteil wäre eingetreten! Die 100 Millionen Mark neuer Steuern hätten von einem etwa neu geschätzten Reichstag genau so bewilligt werden müssen, wie von dem alten. Und die Sozialdemokratie hätte, infolge der von ihr betriebenen „grundbühlichen“ Politik, selbst bei einem Mandat-zuwachs im neugewählten Reichstage ebensowenig zu sagen, wie im alten. Sie verfügte 1898 über 66 Sitze und hatte auf den Gang der Gesetzgebung keinen Einfluß, schnellste 1900 auf 81 Sitze empör, ohne daß sich die „Welt gewendet“ hat, wie der Vorwärts damals am Wahltag frohdend aufrief, und als im 1907 wieder auf 43 Sitze zurückgeworfen wurde, ist die Tagespolitik ebenso ungeändert ihren Weg weiter gegangen. Eine Reichstagsauflösung hätte also das Zustandekommen der Reichsfinanzreform nur um ein Jahr verzögert. Und die Folge wäre gewesen, daß das gegenwärtig so dorniederliegende deutsche Wirtschaftsleben um ein weiteres Jahr in seiner Konfolidierung gebremst worden wäre und der den Arbeitern dadurch verursachte Verdienstausfall mindestens eine um ein Mehrfaches betragende Höhe ausgemacht hätte, als die jetzt auf sie entfallenden neuen Steuern, welche die Sozialdemokratie doch nicht hätte abwenden können. Mit sozialdemokratischen Agitationserfolgen kann sich die Arbeiterchaft in der Gegenwart kein Brot kaufen. Darüber sagt natürlich die sozialdemokratische Agitation nichts; an Stelle von sachlichen Gründen arbeitet man mit der dornierflüchtigen Strupel-losigkeit und unilbertrüglichen Verlogenheit. In Nr. 229 der Rheinischen Zeitung vom 9. Oktober befindet sich ein Bericht von einer Transportarbeiterversammlung, nach dem der Referent ausgeführt hat: „Durch die vom Reichstag, durch den schwarz-blauen Bloß beschlossenen

neuen Steuern werde eine fünfköpfige Familie um etwa 100 Mark jährlich mehr belastet“.

Wie sieht es damit in Wahrheit.

Die Steuern betragen: Biersteuer 100 Millionen oder pro Liter 2 Pfg., Branntweinsteuer 80 Millionen oder pro Liter 15 Pfg., Tabaksteuer 45 Millionen oder pro 5-Pfg. Zigarette 1/2 Pfg., Kaffee und Tee 87 Millionen oder pro Pfund ungebraunten Kaffee 10 Pfg., Rindholzsteuer 28 Millionen oder pro Schichtelchen 1/2 Pfg., zusammen 285 Millionen. An der Schammweinsteuer 5 Millionen, der Hilfsförpfersteuer 20 Millionen, der Wertzuschlag-, Talon-, Wechsel-, Effektensteuer usw. 110 Millionen, partizipieren die Arbeiter nicht.

Die Zahl der Familien beträgt in Deutschland 14 1/2 Millionen, darunter 4 1/2 Millionen Arbeiterfamilien. Wenn auf die Familie 100 Mark Steuern entfielen, müßten danach 1450 Millionen Verbrauchssteuern gemacht worden sein; bewilligt wurden 285 Millionen. Um 100 Mk. zu den neuen Steuern beizutragen, müßte eine Familie mindestens 1500 Liter Bier und mehrere Hektoliter Schnaps konsumieren. Und solche „Säuferfamilien“ bilden in Deutschland Gott sei Dank nicht den Durchschnitt. Mit Zeiten nach dem sechsten zitierten Satz heißt es dann in derselben Rheinischen Zeitung: „Die Steuern auf die notwendigen Lebensmittel können wir nicht so leicht abwälzen, dagegen ist es uns möglich, die Steuern auf Genussmittel, als da sind: Bier, Branntwein und Tabak, durch Enthaltsamkeit zu umgehen.“ Derselbe entfallen auf „Bier, Branntwein und Tabak“ 79 Proz. sämtlicher Verbrauchssteuern. Diese Steuern sind also dem sozialdemokratischen Redner und der Rheinischen Zeitung zufolge zu gleicher Zeit durch Enthaltsamkeit zu umgehen, wodurch „eine fünfköpfige Familie um etwa 100 M. jährlich belastet wird.“ Die Verammlung aber erklärte, „sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden!“ Und das alles können sozialdemokratische Redner ihren Zuhörern und sozialdemokratische Blätter ihren Lesern bieten!

In einer im Verlage der Münberger (sozialdemokratischen) Fränkischen Tagespost erschienenen Broschüre „Der dumme Kauf“ heißt es auf Seite 3:

„Indirekte Steuern sind die stärkste Wehr des Absolutismus. Einmal bewilligt, machen sie die Regierung unabhängig vom Parlament. Nur wenn man die Regierung an die Kette direkter Steuern legt, hat das Parlament die Macht über sie.“

Ein Satz, womit zweifellos in Massenversammlungen Beweis zu erzielen ist. Auch ich ziehe das direkte dem indirekten Steuersystem vor. Es gibt aber keinen ernsthaften Sozialdemokraten in Deutschland, der daran glaubt, daß nachdem seit der Steuerbedarf des Reiches fast ausschließlich aus Zöllen und indirekten Steuern bestritten worden ist — die direkter Steuern erhoben die Einzelstaaten und Kommunen, — nun auf einmal 500 Millionen direkter Besteuerungen hätten erreicht werden können. Selbst der sozialdemokratische Parteitheoretiker Kaumbach schreibt in seiner Schrift: Die soziale Revolution (Berlin, 1907. Vorwärtsverlag) S. 77.

„Es ist ja heute schon unsere Forderung, daß wir durch eine solche Steuer (progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer) alle anderen, besonders die indirekten Steuern ersetzen. Wenn wir aber zu ihrer Durchführung heute die Kraft erzielten... so würden wir doch dabei auf große Schwierigkeiten stoßen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß je höher die Steuer, desto größer die Verletzungen zu Steuerdefraudationen. Aber selbst wenn es gelänge, jede Verbergung von Einkommen und Vermögen unmöglich zu machen, selbst dann wäre man nicht in der Lage, die Einkommens- und Vermögenssteuer beliebig hoch zu schrauben, weil die Kapitalisten, wenn die Steuer ihr Einkommen oder Vermögen zu sehr beschneidet, einfach aus dem Staate fortzuziehen würden und dieser das Maßlose hätte. Der Staat hätte dann die Einkommens- und Vermögenssteuer, aber ohne Einkommen und Vermögen. Ueber ein gewisses Maß kann man also bei dieser Steuer heute nicht hinaus, selbst wenn man die politische Macht dazu hätte.“

Der ehemalige Vorwärts-Redakteur Lohmann in München will also die Regierung an die Kette direkter Steuern gelegt haben, während nach Kaumbach man heute „über ein gewisses Maß“ nicht hinaus kann, „selbst wenn man die politische Macht dazu hätte“.

So entgegengekehrt man sich die Welt in den fühlenden Köpfen der Sozialdemokraten aus. Die Sozialdemokratie legt Land auf Land, und die Arbeitermänner bürgerlicher Parteien damit abzuschreiben, daß diese früher zu einzelnen Steuern den

entgegengesetzten Standpunkt

eingekommen hätten zu demjenigen, den sie heute einnehmen. Das ist in U. nicht die größte Sünde der Welt. Vorzuziehen. In einer Vertrauensmännerversammlung der Berliner Arbeiter im Jahre 1907 führte der Abg. Hebel, indem er vor einem ausschließlichen Streik warnte, u. a. aus: „Wenn man also die Führer der Gewerkschaften heute der Meinung sind, daß das, was sie vor Monaten selber angestrebt und unterstützt haben, heute aus bestimmten Gründen unüberwindlich sei, dann, meine ich, solle man ihnen dagegen keinen Vorwurf machen — sondern ihnen im Gegenteil Anerkennung zollen; denn das beweist, daß sie es mit ihrer Verantwortung sehr ernst nehmen. Die Führer sollen nicht etwas Klassen den Wünschen der Masse folgen, sondern sie sollen nicht allein die speziellen Zustände in dem betreffenden Gewerbe, sondern auch die allgemeinen Verhältnisse prüfen und studieren und danach entscheiden, ob gewisse Schritte getan werden können.“

Das gleiche muß schließlich auch politischen Parteien eingeprägt werden, denen es darum zu tun ist, praktische Politik zu treiben, und nicht bloß, wie die Sozialdemokratie, den Parlamentarismus als Negationsinstrument zu benutzen. Die Tatsachen können sich eben nicht an solche doktrinaire Formeln, auch nicht an neu ausgelegte Parteiprogramme. Das hat die Sozialdemokratie im letzten Jahrzehnt erfahren müssen. Ich kenne sozialdem. Gewerkschaftsführer, die kurz vor Verhandlungen mit Unternehmern in öffentlichen Versammlungen entschieden und unter allen Umständen an bestimmten Arbeiterforderungen festhielten und wenige Stunden später im Verhandlungsraum, als mehr nicht herabzulassen war, Schritt für Schritt zurückwichen und nach am selben Tage mit dem Aufgebot ihrer ganzen Redefertigkeit Versammlungen von der Wichtigkeit ihres Verhaltens zu überreden suchten und überzeugten.

Was ist das anders als ein „Umfall“, den die Sozialdemokratie seit Jahren anderen Parteien als das größte Verbrechen und schändlich Verbrechen angedreht hat? Wenn ich etwas nicht verstehe, dann ist es das, daß bürgerliche Parteien berechneten sozialdem. Kandidaten jahrelang ruhig eingestrichelt haben. Auch die Sozialdemokratie ist schon umgefallen. Wegen das 1906 vorgelegte Reichstagsabstimmungsgebot hat Singer in der ersten Lesung eine fulminante Brandrede gehalten, was aber nicht hinderte, daß die Sozialdemokratie bei der entgeltlichen Abstimmung dafür stimmte. Jede Partei sucht eben bei jedem Gesetze möglichst viel im Sinne ihrer Forderungen und Grundzüge herauszufinden und wenn man dabei noch vorarbeiten zu nachgiebig ist, erreicht man schließlich nichts. Würde aber im entscheidenden Augenblick ebenfalls jede Partei aus ihren Einzelwünschen bestehen bleiben, dann wäre in Deutschland bei seinem vielgestaltigen Parteienwesen, wo zu jeder Weichheitsbildung drei bis vier Parteien notwendig sind, überhaupt das Zustandekommen von Gesetzen eine Unmöglichkeit. So liegt die Sache in der Praxis, die allerdings von der Beurteilung durch sozialdem. Schlagworte sehr oft abweicht.

Welche Lehren haben wir aus der Reichsfinanzreform zu ziehen? Wir müssen uns i. in viel stärkerer Maße emanzipieren von der sozialdemokratischen Phrase.

Wahre und Wirklichkeit müssen wir mit Nachdruck erkennen, und auch der sozialdemokratischen Arbeiterklasse vordemonstrieren. Mit den sozialdemokratischen Lehren, mit denen seit der Wahlen aufgeführt wurden, ist in der Gegenwart absolut nichts anzufangen. Im Gegenteil: die gegenwärtige Arbeitergeneration wird durch sie geschädigt. Mit einem etwaigen Absinken ins sozialdemokratische Lager ist daher, von grundsätzlichen Erwägungen ganz abgesehen, der christlichen Arbeiterschaft nicht gedient. Die Sozialdemokratie hat heute mit 2/3 Millionen Stimmen auf die politische Gesetzgebung keinen mehr so großen Einfluß, als zu der Zeit, wo sie 4/5 Millionen Stimmen auf sich vereinigte. Und selbst bei 4 Millionen Stimmen liegt der Sozialdemokratie ein Wählerwert 2/3 bis 10 Millionen gegenüber. Staubt man, daß jemals dieses oder eine Vergrößerung sich dem sozialdemokratischen Zukunftsauftrag auswirken lassen würde? Das gerügt von einer beneidenswerten Reiztheit! Da können die sozialistischen Revisionisten die vorbandenen Mittel in Staat und Volkswirtschaft doch etwas besser. Was wir zu tun haben, ist, breite Volkstreffen an der Arbeiterwelt politisch zu interessieren. Das geschieht dadurch, daß wir

3. größere Massen sammeln.

Das ist notwendig für alle Gebiete der allgemeinen Politik, insbesondere auch für die Fortführung der gesetzlichen Sozialreform. Heute steht die Sache so: Die Sozialpolitik muß weitgehend gemacht werden auf Kosten der bestehenden Massen, und wenn diese Sozialpolitik vorwärts gebracht werden soll, braucht die Regierung eine neue Interessengruppe, auf die sie sich stützen kann. Diese neue Interessengruppe heißt heute: Die christliche Arbeiterbewegung ist noch nicht stark genug. Die Sozialdemokratie selbst als praktischer Gesetzgebungsfaktor aus. Die Annahme, daß etwa eine Regierung mit der Sozialdemokratie formalpolitische Sozialpolitik und gegen sie und mit der Unterstützung anderer Gruppen die einzige allgemeine Sozialpolitik machen könnte, wäre mit einer großen Gefahr verbunden. Denn, die Arbeiter wollen aus dem Verständnis gehen für die übrigen Staatsbürger, nicht ihnen auf auch allgemeine Politik gemacht werden können. In dieser die gegenwärtige gegenüber sozialdemokratischen vorfindende Sozialdemokratie wird ein auch unüberwindlicher Faktor werden in einem konstitutionellen Staat. Die Sozialdemokratie und sozialistische Revisionisten, die schließlich in diesem Staat jede Regierung zur Förderung der Staatsgewalt nicht ausüben kann. Nur die christliche Arbeiterbewegung über größere Massen, dann kommt ganz von selbst. Der Einfluß der englischen und amerikanischen Arbeiterschaft auf die Gestaltung der Gesetzgebung ist zweifellos größer, als der der deutschen, trotzdem dort die Gewerkschaftsbewegung auf ähnlichem Boden sich befindet, wie es bei den christlichen Gewerkschaften Deutschlands der Fall ist. Eine Arbeitermassenbewegung wirkt, wenn ihre Anhänger auf die verschiedenen Parteien verteilt sind, ganz von selbst in sozialer Hinsicht auf die praktische Gesetzgebung ein. Damit ist unser Aufgabengebiet vorgezeichnet. Wie es durchgeführt wird, hängt von uns ab. Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften kann, das steht heute schon fest, wenn deren Funktionäre ihre Pflicht tun, durch die sozialdemokratische Hege nicht aufgehalten werden. So leicht werden die Mauern von Feinden nicht umgerannt. Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird diese Hege ebenso und besser überleben, wie jene anlässlich des Kampfes von 1902 und dem Kampf im Reichstag an die Konkurrenz in Berlin im Jahre 1908, wo katholische Fachabteilungen und Sozialdemokraten sich in hoher Entracht gegen uns zusammenfanden, und wo sogar die Herren Bischöfe mit sozialdem. Zeitungen, die angeführte Artikel gegen uns enthielten, bombardiert wurden. Die christlichen Gewerkschaften sind keine im Treibhaus aufgeschleppte Pflanze. Stellen wir uns allezeit in den Dienst der Aufklärungsarbeit, ziehen wir gegenüber der Arbeiterschaft nachdrücklich den Vergleich zwischen sozialdem. Phrase und Wirklichkeit, dann wird auch die Reichsfinanzreform gegenüber der sozialdem. Hege für uns ein Teil jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft!

Die Mindestleistungs Klausel.

Das Archiv für Buchbinderei (Herausgeber Paul Adam aus Düsseldorf) druckt in der November-Nummer einen Artikel aus der Düsseldorfer Zeitung ab, betitelt: „Vorbedingungen für die Arbeitstarifverträge“. Weil nun der verehrte Herausgeber diesen Artikel ohne jeden Kommentar oder Randglossen abdruckt, so kann angenommen werden, daß derselbe im wesentlichen auch der Ansicht des Herausgebers entspricht.

Und da möchten wir denn doch einige irtige Auffassungen und Schiefheiten ins rechte Licht rücken.

Im Anfang des Artikels wird auf die stets zunehmende Bedeutung der Tarifverträge hingewiesen, wie sich dieselben immer mehr Terrain erobern und selbst heute nicht nur die technischen Arbeiter in ihren Vorkamern, sondern auch schon auf die Weißarbeiter übergreift, wie zwischen Kleantassen und Metzgerverbänden, Bühnengenossenschaften und Bühnendevote u. a. m.

Dann wird darauf hingewiesen, daß die Kontrahenten der Tarifverträge das Bestreben zeigen, dieselben allmählich zu Nationaltarifen auszuweichen zu lassen. Zur Beurteilung der Tarifverträge übergehend, meint der Verfasser ehe man die Frage der Nützlichkeit oder Schädlichkeit der Tarifvereinbarungen ernstlich diskutieren könnte, müßten erst noch mannigfache Unvollkommenheiten ausgemerzt werden. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Auch beim Tarifvertrag müssen natürlich, wie bei jeder auf dauernden Bestand berechneten vertraglichen Vereinbarung, Leistung und Gegenleistung in einem gewissen Einklang und systematischen Verhältnis zu einander stehen.“

Gegen dieses Prinzip wird indessen vertochen, wenn immer nur auf unterschiedliche Eintragung von Mindestlöhnen in die Tarifverträge hingewirkt wird, während man von einer Einführung der dieser Klausel entsprechenden Mindestleistungsklausel durchweg nichts wissen will.“

Es wird dann noch darauf hingewiesen, das „erzweckungswert“ in mehreren Fällen es gelingen sei, etwas derartiges in die Tarifverträge hineinzubringen.

Der verehrte Herr übersteht aber vollständig, daß eine derartige Mindestleistungsklausel vollständig überflüssig ist. Und warum? Nun weil der Tarif wohl vorschreibt, was bezahlt werden soll; aber kein Prinzipal gezwungen werden kann, diesen Lohn jedem Arbeiter zu geben. Ist der Arbeiter nach seiner Meinung nicht dem Mindestlohn entsprechendes leistungsfähig, so kann er denselben kurzer Hand entlassen. Jedenfalls eine scharfe Waffe in der Hand des Prinzipals. Leider wird auch des öftern schonungslos von dieser Waffe den Arbeitern gegenüber Gebrauch gemacht. Über abgeben auch davon, die Formel möchten wir einmal gern kennen lernen, nachdem man die Leistungsfähigkeit eines Buchbinders generell beurteilen wollte. Man braucht ja nur einen Blick in den Stuttgarter Anzeiger zu werfen, um die Hände über den Kopf zu schlagen, was vom armen Buchbindereien alles verlangt wird. In allen Fächern der Buchbinderei stum und dann noch so nebenbei im Satz und Druck nicht unerfahren. Zudem haben es ja auch die Herren Meister in ihrer

Hand, aus den Lehrlingen nur tüchtige leistungsfähige Behilfen zu erziehen. Damit erweisen sie dem betreffenden Kollegen, sich selbst, dem Gewerbe und last not least auch den Organisationen der Behilfen den besten Dienst. Winderleistungsfähige haben wir auch nicht gerne in unseren Reihen.

Weiter meint der verehrte Herr, daß die Tarife sich wohl kaum für alle Industrien eignen würden, weil die Arbeiter in einigen Industrien so kompliziert und ungleichmäßig seien, daß sie sich schlechterdings nicht schablonisieren und schematisieren ließen.

Da übersteht man wieder, daß eben der Tarif nur „Mindest“-Löhne festsetzt. Da ist für eine gerechte und verteilte Entlohnung genügend Spielraum nach oben. Aber es geben auch Akkordtarife, die hunderte von Bestimmungen enthalten und so der Willkür der einzelnen Prinzipale im Bezahlen darü Ringel vorschieben. Welches doch auch im Interesse der humanen Arbeitgeber liegt, die nicht jede Woge die Lohnschraube nach unten drehen.

Auch wird es vom Verfasser als Uebelstand empfunden, daß oft auf Seiten der Arbeitnehmender mehrere Organisationen vorhanden sind, welche in ausschlaggebenden Punkten nicht miteinander harmonierten.

Na, auf Seiten der Arbeitgeber könnt dieser Fall auch vor. Aber wir glauben an dieser Klippe ist noch kein Tarif gescheitert, wenn der ernstliche Wille nur vorlag, zum Hafen zu gelangen.

Als letzter Moment, den der Verfasser als springenden Punkt in der ganzen Frage hinstellt, sei die Frage, ob die Tarifverträge Instrumente des sozialen Friedens wären.

Oder ob sie nicht von den Gewerkschaften und ihren Führern nur als Waffenstillstand betrachtet würden, um bei der nächsten Gelegenheit wieder bessere Bedingungen herauszufischen. Als Beweis führt er für diese Behauptung an, daß nach der amtlichen deutschen Statistik über Streits und Aussparungen im Jahre 1908 in 71 Streikfällen 5774 Arbeiter eine Abänderung von Lohnverträgen, in 67 Streikfällen 3614 Arbeiter die Einführung von Lohnverträgen und in 31 Streikfällen 1130 Arbeiter die Aufrechterhaltung von Lohnverträgen verlangten.

In allen diesen Fällen war der Tarifvertrag die unmittelbare Veranlassung zum Streit.“

Mit diesem schon mehr malen Sage schließt der angezogene Artikel.

Was beweisen obige Zahlen? Für die Behauptung des Verfassers sind sie ganz ungeeignet. In einem Falle verlangen die Arbeiter die Einführung des Tarifs. Die Arbeitgeber verweigern dieses Verlangen. Auf welcher Seite liegt denn hier das Verlangen nach dem Frieden? Oder kalkuliert der Herr Verfasser so: Wenn der Gehalt der Tarifverträge nicht lebendig wäre, würde es auch nicht zum Streit kommen. Hat es denn vor der Einführung der Tarife keine Streits gegeben? Die Tarife sind doch aus dem Bedürfnis entsprungen, für eine gewisse Zeitdauer Ruhe im Gewerbe zu haben. Freilich nicht von ewiger Dauer. Wenn ein Staat mit einem anderen einen Zollvertrag abgeschlossen hat, und die Vertragsdauer ist um, so sucht eben jede Partei für sich möglichst günstige Bedingungen herauszufischen und es kann dann auch zum Zollkrieg kommen. Soll man deshalb keine Verträge mehr abschließen? Das wäre wohl trügerlich.

Übersteht der Verfasser im Irrtum, wenn er meint, die Führer der Arbeiter dächten nicht daran, daß die Interessen der Arbeitgeber und -nehmer vielfach zusammenfließen und nur lohnende Betriebe und eine florierende Industrie hohe Löhne zahlen könnte. Nein, so klug sind auch die Arbeiter. Aber mit gebildeten und hungerten Arbeitern kann keine Industrie prosperieren, dazu gehören auch intelligente, tatkräftige, sich ihres Wertes, aber auch ihrer Pflichten bewusste Arbeiter.

Die Kritik der Versicherungsordnung.

11.
Noch einige Worte zu dem Einwand der Verzerrung und Bureaukratisierung des Rentenfestsetzungsverfahrens. Wie soll denn das Recht des Versicherungsamtes gestaltet werden?

Es soll nach Entgegennahme der Unfallanzeige den Unfall untersuchen und die Ursache des Verleses prüfen, genau wie es heute die Genossenschaft tut. Dann sagt es der Genossenschaft unter Überreichung der Akten,

ob und wie hoch sie nach Ermessen des Versicherungsamtes den Unfall zu entschädigen habe. Die Versicherungsamtspflicht ist es, die den Versicherungsnehmer zu dem Vorbehalt an den Rentenversicherer; weil sie dabei von dem Vorbehalt des Versicherungsamtes absehen, dann muß sie die Gründe dafür angeben nebst dem Vorbehalt des Versicherungsamtes. Die Genossenschaft behält somit das bischliche in stanzliche Entschädigungsrecht — nur soll das infanzliche Entschädigungsrecht der Genossenschaft bei einer eint. Neu festsetzung der Rente nach der ersten rechtskräftigen Rentenfestsetzung ganz befristet werden, was bisher erst nach Verlauf von fünf Jahren nach der ersten rechtskräftigen Rentenfestsetzung geschah — es wird dem Versicherungsamt, zusammengelegt aus Arbeitgeber und Arbeitern zu gleichen Teilen, unter Vorbehalt eines Beamten, nur die Vorbereitung des Rentenbescheides und ein Vorschlagsrecht übertragen. Wäglich, kein zu großer Eingriff in die Ausnahmefälle der Genossenschaften und Versicherungsanstalten; denn auch für die Invalidentrenten-Anträge usw. gilt das Dargelegte. Die Kosten der Prüfung der Rentenansprüche werden durch die Verfahren samt doch nicht größer! Oder aber die Genossenschaften legen voraus, daß die Prüfung der Rentenansprüche durch eine objektive Behörde nicht so unparteiisch geschehen würde wie durch sie selbst als Partei, so daß sie, wie bisher, die Anträge der Rentenversicherer prüfen müßten, was doppelte Kosten erheischt. In demselben Augenblicke aber verlangen sie von den Arbeitern, daß sie der Objektivität einer Partei mehr Vertrauen entgegenbringen sollen als sie selbst (die Genossenschaften) einer unparteiischen Instanz. Das wäre in der Tat ein merkwürdiges Verlangen. Und warum soll eine aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzte Behörde bürokratischer Verfahren als die einheitlich aus Arbeitgebern zusammengesetzte Instanz? Und wieso, fragen wir weiter, soll das Rentenverfahren verlangsamt werden? Warum große Schnelligkeit zeigen hierin die Genossenschaften doch bisher auch nicht. Darüber könnte man ganze Bände schreiben. Wenn die Genossenschaften in der Objektivität des Verfahrens der Versicherungsämter und deren Rentenentscheidungen das gleiche Vertrauen setzen, was sie von den Rentenversicherern in ihre eigene Partei-Objektivität erwarten, dann können sie sich ja schließlich dem Rentenentscheidungsamt des Versicherungsamtes anschließen und in der nächsten Genossenschaftsversammlung einen dementsprechend beauftragten Rentenbescheid erteilen. Wir sind überzeugt, daß diese dann weniger Untersuchungen durch den Verletzten erfordern, weil er weiß, daß eine wirklich objektive Behörde den Rentenentscheidungsamt gemacht hat, in welcher seine Vertrauensmänner mitwirkten. Der Verletzte kommt dann auch so viel schneller zur Ruhe, was einer schnelleren Besserung seines Zustandes, nur fürderlich sein könnte; das liegt doch im materiellen Interesse der Genossenschaften.

Wenn mit der vorgesehenen Regelung des Rentenfestsetzungsverfahrens die Arbeiter nicht zufrieden sind, dann ist es eher zu verstehen. Denn auch bei dem für die Versicherungsämter vorgesehenen Kompetenz sind sie gegenüber den Berechtigten im übrigen bürgerlichen Recht immer noch im Nachteil. Dem christlichen Gewerkschaftsverband sind denn auch eine Anzahl Verbesserungsansprüche in den angenommenen Leitlinien gemacht worden, die die Objektivität des Verfahrens in weiterem Umfang sichern wollen. Näher an dieser Stelle darauf einzugehen, verbietet uns der Raum.

Von arbeiterfreundlichen ist dem Versicherungsamt vertrauen Persönlichkeiten ist der Vorschlag gemacht worden, die Versicherungsämter nur die Aufgaben im Rentenfestsetzungsverfahren zu übertragen, wie sie heute die Polizeigewalt usw. besitzen, die den Versicherungsämtern gewissermaßen nur als Sanblauer zu dienen haben. Den Versicherungsämtern (Genossenschaften und Versicherungsanstalten) sollte die Vorbereitung der Rentenentscheidung in bisherigem Umfang belassen bleiben; die Entscheidung selbst über die Ansprüche der Rentenversicherer solle hingegen einem paritätischen Entscheidungsausschuß der Berufsgenossenschaft vorbehalten bleiben. Auf diese Weise verfährt man den Vertretern der Versicherer von vornherein ein Entschädigungsrecht.

Ein paritätischer Entscheidungsausschuß ließe sich aber doch nur dadurch erzielen, wenn den zu gleichen Teilen vertretenen Arbeitgebern und Versicherern eine unparteiische Persönlichkeit als Vorsitzender beigegeben würde, der bei Stimmgleichheit den Ausschlag zu geben hätte. Sollte der unparteiische Vorsitzende nicht wieder ein Beamter sein, dann doch eine den beiden Parteien fernstehende Persönlichkeit im Ehrenamte. Ob deren aber genug zu finden wären, da doch ihre Auswahl sehr beschränkt wäre, ist doch billig zu bezweifeln. Der Rentenversicherer bliebe bei dieser Regelung gegenüber dem Versicherungsamt aber immer deshalb im Nachteil, weil letzteres die Entscheidungen des Entscheidungsausschusses dadurch beeinflussen kann, daß er selbst die Anträge zur Rentenfestsetzung beschickt. Was das aber zu bedeuten hat, haben wir bereits dargelegt. Das Wichtigste in der besprochenen Reformfrage ist unseres Erachtens eben die Befassung des Materials für die Rentenfestsetzung durch eine unparteiische Instanz, bei der die Wünsche der Verletzten die gebührende Beachtung finden.

b) Die Rechtsstellung im den Krankenkassen. Interessant ist in dieser Frage die Stellung des Unternehmers. Während die industriellen Körperlichkeiten, die vornehmlich von den Großindustriellen beherrscht werden, sich für die Halberung der Beiträge und des Stimmrechtes in den Organen der Krankenkassen und des Unternehmers haben, sind die kleinen Unternehmer zum großen Teil aus den verschiedenen Gründen dagegen. Ein Teil sagt mit Recht, die Halberung würde uns die Verantwortlichkeit in der Verwaltung der Kassen auf den Hals laden. Denn über den Vorstehenden würde sich, wenn Unternehmer und Versicherte in den Organen der Kassen gleich stark wären, setzen eine Einigung erzielen lassen; dann aber läme der von der Behörde ernannte Vorsteher. Innungsmeister haben aus den natoren Vorstehern gemacht, sie würden die Halberung schließlich an-

nehmen, wenn der Vorstehende unter allen Umständen ein Arbeitgeber wäre. Das würde den Unternehmern die Majorität in den Kassen sichern, trotzdem sie nur die Hälfte der Beiträge leisteten; denn eine ungrade Zahl müßten Vorstand und Ausschuss der Kasse bei der Halberung doch haben, damit bei Stimmgleichheit der Ausschlag gegeben werden könnte. Der Ausschlaggebende wäre dann der Arbeitgebervorstehende. Einen solchen lächerlichen Vorschlag können wirklich nur Innungsmeister machen, deren Bestreben selber vielfach nicht weiter geht, wie ihre Kaiserin. Ein kleiner Teil der Arbeitgeber stellt sich auf den vernünftigen Standpunkt, gerade die Krankenkassen bedürften, sollten sie bei möglichst niedrigen Beiträgen die größtmöglichen Leistungen innerhalb des gesetzlichen Rahmens gewährleisten, der freudigsten Initiative (Laftraft) der Versicherten. Würden diese, wie bisher, 1/2 der Beiträge auf, dann würden sie auch weiterhin häuslich-wirtschaftlich, zumal ihnen so die Verantwortung auf die Zweidrittel-Majorität. Das läge aber sowohl im idealen, wie materiellen Interesse der Unternehmer. Diese Unterebewerksgruppe stellt sich also auf den Standpunkt ihrer Standesgenossen, die im Oktober vorigen Jahres im Reichstag des Innern über die Versicherungsordnung gebürt worden sind. Die Mißbräuche der Krankenkassen zu politischen Zwecken, wie sie auf Seiten der Sozialdemokratie unkontrolliert zu verzeichnen sind, ließen sich, wenn letztere Unterebewerksgruppe, auch auf anderem Wege beseitigen. Ganz recht, die Versicherungsordnung zeigt ja auch diese Wege.

Auf dem Ändern christlichen Gewerkschaftskongress sind sie in das Licht der Öffentlichkeit gerückt worden. Nichtsdestoweniger aber will, wie es heißt, der Bundesrat an der Halberung der Beiträge und des Stimmrechtes festhalten. Damit würde er die Anschauung einiger Bestimmten bestärken, es liege ihm nicht mehr als Juchel an dem Zukunftsbestimmen der Versicherungsordnung. Mit der Halberung wolle er selbst den Versicherungsschifflein eine nicht zu umfängliche Rippe in das Fahrwasser setzen, an dem es dann geschehen wird. Die Regierung habe aber durch ihre Vorlage die Verbindung des Grafen v. Pöschels als feierzeitigen Staatssekretär erfüllt und könne ihre Hände in Unschuld waschen. Sie würde dann einige Pflichten in den bestehenden Versicherungsgelegenheiten vornehmen und die Hinterbliebenenversicherung in das bestehende Invalidentversicherungsgesetz hineinarbeiten lassen. Das, wie gesagt, käufte man sich heute schon zu. Der Bundesrat würde, das wissen wir bestimmt, gewissen linksparlamentarischen Elementen damit einen Befehl erteilen — Elementen, die zwar nicht für die Halberung sich auszusprechen den Mut haben, mit der Versicherungsordnung aber nicht einverstanden sind, vielmehr erst eine Reform der bestehenden Versicherungsgelegenheiten, vor allem des Krankentagesgesetzes, in ihrem Sinne wünschen.

Die Meinung der Arbeiterschaft ist bekannt. Legt die Regierung Gewicht auf ihre Stimme, dann weiß sie, was sie zu tun hat. Wenn nicht, dann mag sie die Folgen tragen.

Rundschau.

Politik in einem gewerkschaftlichen Jahrgang.
Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer (Nr. 12), das Organ des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, ereifert sich über ein vom Reichstagsabgeordneten Dr. Pieper verfaßtes Rundschreiben, in dem es heißt: „Sobald ist eine große Vertrauensmännerversammlung einuberufen, zu der solche Arbeiter einzuladen sind, die auf dem Boden der Zentrumspartei stehen und in den Arbeitervereinen, den christlichen Gewerkschaften, im Volksrecht und in der Zentrumspartei in hervorragendem Maße tätig sind. Diese Vertrauensmännerversammlung hat die nachfolgende große Arbeiterversammlung in allen Teilen gut vorzubereiten.“ Dazu bemerkt der Korrespondent:

Die in dem Rundschreiben empfohlenen großen Arbeiterversammlungen sollen nämlich den Zweck verfolgen, die Notwendigkeit des dem deutschen Volke mit Unterstützung durch das Zentrum aufgelegten Steuerzaubers den katholischen Arbeitern mündig zu machen, da durch die scharfe Beleuchtung der volkswirtschaftlichen Gestaltung des Zentrumspartei bei der scharfen Finanzreform der Zentrumspartei in letzter Zeit ganz bedeutend im Wanken gekommen ist. Das letztere Mandat kann uns zwar wenig berühren, um so mehr interessiert uns dagegen die in diesem Rundschreiben geforderte offizielle Unterstützung der in den christlichen Gewerkschaften hervorragenden tätigen Arbeiter zur Verangerung der geplanten politischen Zentrumsversammlungen. Wir begnügen uns aber mit der einfachen Feststellung dieser unabweisbaren Tatsache, denn die Hoffnung, daß ein Punkte Gerechtigkeitsgefühl und Wahrheitsliebe im Schwärzen Da gar heraus auch gewisse unerlässliche Konsequenzen erkennen lassen würde, haben wir schon längst aufgegeben.

Das Blatt will damit offenbar die christlichen Gewerkschaften als „Zentrumsgewerkschaften“ hinstellen. Gegenüber diesem oft eroberten Vorwurf braucht kaum betont zu werden, daß mit dieser Heranziehung christlich organisierter Arbeiter, die auf dem Boden der Zentrumspartei stehen, zu Zentrumsversammlungen die christlichen Gewerkschaften als solche nichts zu tun haben. Diese stellen bekanntlich ihren Mitgliedern die politische Vertretung außerhalb der Gewerkschaft frei, und wie der Zentrumspartei gehören auch anderen bürgerlichen Parteien Mitglieder der christlichen Gewerkschaften an, die sowohl hier wie dort in hervorragendem Maße tätig sind. Daraus mit der politischen Neutralität der christlichen Gewerkschaften durchaus nicht berührt. Etwas anderes ist es, wenn in sog. „freien“ Gewerkschaften offiziell, d. h. in Versammlungen wie in den Organen sozialdemokratischer Parteipolitik getrieben oder wenn gegen eine bestimmte Partei, geht, wie es in obiger Auslassung des Korrespondent geschieht. Dieses Ver-

halten des Buchdruckerorgans ist um so schärfer zu urteilen, als gerade dem Buchdruckerverbande zahlreiche Mitglieder angehören, welche die liberal-sozialdemokratische Steuerhege keineswegs mitzumachen geneigt sind und daher gegen eine derartige Auslassung entschieden Einspruch erheben müssen. Wenn es im § 1 der Satzungen des Verbandes der deutschen Buchdrucker ausdrücklich heißt: „Der Verband bezweckt die Vertretung der ... Interessen seiner Mitglieder mit Ausschluß aller politischen und zelligsten Fragen“, dann gebietet gehässige Unfälle, wie der vorstehend gekennzeichnete, nicht in das Verbandsorgan. R. Volk.

In den sogenannten „freien“ Gewerkschaften
wird niemand gefragt, welcher religiösen oder politischen Überzeugung er angehört. Mit diesem Ausdruck gehen die sozialdemokratischen Agitatoren immer noch treiben. Das dies nur Lüge ist, auf diejenige geneigt, die selber auch in der Arbeiterschaft nicht alle werden, weiß jeder. Es ist aber doch gut, ihn und wieder einmal Beweise dieser Verlogenheit zu veröffentlichen. Ein glücklicher Wind trug uns, trotz aller Gegenwehr, solche Beweise zu. Die „vereinigten“ Gewerkschaften in Wöppingen in Württemberg gaben folgenden Fragebogen an ihre Mitglieder:

Werter Kollege! Es hat sich als eine bringende Notwendigkeit erwiesen, einmal festzustellen, in welchem Umfang die Gewerkschaftsmitglieder zugleich Mitglieder der sog. Partei sind. Außerdem (nur außerdem, der S.) soll festgestellt werden, in welcher Zahl die Frauen organisierter Kollegen in Fabrikbetrieben beschäftigt bzw. Heimarbeiterrinnen sind. Zu diesem Zwecke ersuchen wir Sie, nachstehende Fragen gewissenhaft zu beantworten. Nun folgen 8 Fragen, worauf es heißt: „Den Fragebogen wollen Sie nach erfolgter Ausfertigung dem Ueberbringer zurückgeben.“

Vereinigte Gewerkschaften.
Ein treffendes Zeugnis der sog. Lüge, in den „freien“ Gewerkschaften wird niemand gefragt, welcher Beseinnung er sei. Daß aber die Zugehörigkeit zur sozialdem. Partei allein noch nicht genügt, sondern daß von jedem Gewerkschaftsmitglied weiter verlangt wird, sozialdemokratische Einwirkungen mit Geld zu unterstützen, zeigt folgendes Zitat, welches den „freien“ Gewerkschaften in Wöppingen zugeht.

Wöppingen, im Juni 1900. B. D. Die Erhebungen zwecks Gründung einer (sog. d. V.) Parteizeitung für den 10. württembergischen Reichstagswahlkreis haben ein so erfreuliches Resultat gezeitigt, daß die am 10. Mai d. J. stattgehabte Kreisgenossenschaftsversammlung beschlossen hat, die Gründung einer Produktionsgenossenschaft vorzunehmen. Da die erste Zeichnung nur eine provisorische war, so ist es notwendig, daß jeder Zeichner beistehendes Beitrags-erklärungsformular wiederholt ausfüllt. Wir geben und nun der Hoffnung hin, daß nicht nur die ersten Zeichner, sondern ein jedes Mitglied der Partei- und Gewerkschaftsorganisation bei einigemmaßen gutem Willen in der Lage ist, mindestens einen Geschäftsanteil à 10 Mk. zu zeichnen. (Folgt Bezeichnung über Zeichnung und Einzahlung der Anteile.)

Wende in Württemberg wie in ganz Süddeutschland geben sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsagitatoren gesellig ein neutrales Gesicht und zeigen auch, wenn es not tut, als sehr religiös, um sich dadurch bei den christlichen Arbeitern und auch bei anderen Kreisen anzubieten als die einzig wahre, neutrale Organisation. Es ist deswegen notwendig, daß dieser Gesellschaft ihre heuchlerische Maske vom Gesicht gerissen wird.

Der Fall „Rafflenbeul“, von dem die sozialdemokratische und Kirch-Dundesche Presse, besonders aber letztere, so viel Aufhebens machte, hat für die Gegner ein blamables Ende genommen. Rafflenbeul, der früher Angestellter im christlichen Metallarbeiterverbande war und dann die Redaktion der christlich-sozialen Wochenschrift „Die Arbeit“ führte, sollte in einem durch Wettbewerb herauszufindenden Prozesse sich der Verleitung zum Meineid schuldig gemacht haben. Die ganze gegnerische Presse jubelte, als ihr die Nachricht wurde, daß Rafflenbeul diesbezüglich in Haft genommen war. Eine willkommene Gelegenheit, das Wütchen an der gewerkschaftlichen und politischen gegnerischen Organisation zu läßt. Was die Kirch-Dundesche Presse diebezüglich geleistet hat, ging über's „Bühnenlieb“. In letzter Woche kam nun in Sachen Rafflenbeul vor dem Schwurgericht Termin an. Die Verhandlung zeigte auf's Klarste, daß Rafflenbeul sich nicht jener Straftat schuldig gemacht hatte und beantragte selbst der Staatsanwalt die kostenlose Freisprechung. Es soll uns jetzt nur wundern, ob die Kirch-Dundesche Presse nun auch so schnell ist, daß sie die glänzende Rechtfertigung Rafflenbeuls zur Kenntnis ihrer Leser bringt.

Sozialdemokratische Verleumdung.

Die Sozialdemokratie führt seit Monaten speziel gegen die Christl. Gewerkschaften einen wüsten Kampf, wobei auch zu den unläutersten Mitteln gegriffen wird. So geht z. B. eine Notiz durch die sozialdemokratische Presse, worin behauptet wird, die christlich organisierten Lehrkräfte hätten in Lautensbach-Jell (Eifel) Streikzucht verübt. Der Bericht der Dinge war aber derart, daß man eher das Gegenteil behaupten könnte. Der von vornherein verlorene Streik, bei dem christliche Arbeiter nur zu einem verhältnismäßig geringen Bruchteil beteiligt waren, hat rund 7 Wochen gedauert. Am 2. November er. waren bereits etwa 50 Arbeitsschiffe im Betriebe, darunter kein einziger christlicher Arbeiter, wohl aber ein führender Beamter, der als „Verführer“ voran ging. Dieser Tatsache verweigert die Presse nicht. In einer Verammlung, die am Abend des genannten Tages stattfand, sprachen sich verschiedene Sozialdemokraten für Aufnahme der Arbeit aus. Infolgedessen gingen von anderen Kreisen zahlreiche Streikende in den Betrieb, darunter eine Anzahl Sozialdemokraten und auch viele christliche Arbeiter. Daraufhin wurde bestimmt, daß nachmittags die Arbeit aufgenommen aufgenommen werden sollte. Möglich gäbe dann wieder die Sozialdemokraten

die Parole heraus: Die Arbeitsaufnahme soll erst am nächsten Morgen erfolgen. Diese Forderung erfolgte nur zu dem Zweck, die christlich organisierten Arbeiter zu härteren und um denselben nachträglich die Schuld an dem verlorenen Kampf in die Schuhe schieben zu können. Die christlichen Arbeiter, empört über das durchsichtige Manöver der „Genossen“ hatten aber keine Veranlassung die lächerliche Komödie mit zu machen, sie besetzten vielmehr die vorher getroffene Vereinbarung. Die Sozialdemokraten hätten ebenfalls alle Ursache, sich der Heimtücke und Verleumdungssucht gewisser Feinde in ihren Reihen zu schämen.

Christliche Gewerkschaften (Christliche Zeits.)
Wegen der vor einiger Zeit durch die Presse gegangenen Notiz: „Graf Wytum von Eschäd und die Blässe der nationalen Arbeiter Sachsen wurde in der Delegierten-Sitzung am 4. Nov. 09 nachstehende Resolution einstimmig gefaßt: „Die Delegierten-Versammlung des Christlichen Zeits der christl. Gewerkschaften Deutschlands erkennt die ausgesprochenen Arbeiterfreundlichkeit des neuen sächs. Ministers Egg. Graf Wytum von Eschäd gerne an, können sich aber mit der Befragung der Herren Gebels-Bräun, Krämer-Schemmig und Hugo Burschel-Weipzig als Vorsitzende der nationalen Arbeiterauschüsse über die Forderungen der christlich-nationalen Gewerkschaften Sachsen teilsfalls einverstanden erklären. Wenn sich die Regierung ein richtiges und einwandfreies Bild von den Forderungen und Werten der einzelnen Berufsorganisationen verschaffen will, so kann dies nur durch die Befragung der berufenen Vertreter der Berufsverbände geschehen, denn diese sind am ehesten in der Lage, ein klares Bild über die Lage ihres Berufes und die zur Vereinfachung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse zu erstrebenden Forderungen zu geben.“

Aus den Zahlstellen.

Greifeld. Seit 8. November stehen die organisierten Buchbinder, Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen im Streit. Nur einige Firmen mit wenigem Personal haben die eingereichten Forderungen der Gehilfen bewilligt. Mehrere Firmen teilten der Lokalkommission mit, daß sie bereit seien, einen später zustande kommenden Tarif dann ebenfalls anzuerkennen zu wollen. Gewiß ein billiges Versprechen! Trotzdem derartige Angebote von der Streikleitung, sowie von der am 8. Dez. äußerst zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung als leere Versprechungen charakterisiert und verworfen wurden, hat das Personal zweier Firmen die vorher eingereichte Forderung inoffiziell gemacht, wiewohl sie als organisierte Mitglieder des Buchbinderverbandes in Betracht kamen. Wenn auch sonst noch einige schwach wurden und nicht den Mut hatten, mit in den Kampf einzutreten, so kann, trotz der bisher keineswegs entgegenkommenden Vorgehensweise der Streikleitung, doch die Haltung der Streikenden eine sehr gute und zuversichtliche ist. Nach letzterem, sowie nach der bisherigen nachfolgenden Anstrengung der Arbeitgeber noch auswärtigen Arbeitswilligen zu erteilen, dürfte die Prinzipalität sich baldigst zu Verhandlungen bereit finden. Wie überhaupt gewohnt, können wir berichten, daß alle christl. organisierten Kollegen die Konsequenz gezogen haben und im Kampfe stehen. Kollegen sorgt für Fernhaltung a. d. Arbeit. In der Buchbinder-Kartonnagenarbeiter, Müller, etc. nach Greifeld. Insbesondere empfiehlt es sich in Herbergen, Vereinshäusern etc. aufklärend zu wirken.

Stempfen. Da unten an der südlichen Grenze weiß man auch nach Kräften für unseren Verband tätig zu sein und die Verbettrommel zu rühren. Die Agitationskommission erfüllt mit Eifer ihre Pflicht, trotz der vielen Schwierigkeiten, die besonders in dieser Gegend angetroffen sind. Auch doch noch mit großer Mühe und Ausdauer in gemeinsamer intensiver Arbeit der Gewerkschaftsgebiete überhaupt propagiert werden. Anlässe zum Bessern sind überall vorhanden und der ausgetretene Samen beginnt allmählich zu keimen. In Stempfen selbst besteht ein edler Wettstreit unter den Zahlstellen und wir sind dabei nicht die Letzten! Das als Ziel festgelegte Winterprogramm unserer Zahlstelle wird zur Verlesung der christlichen Gewerkschaftsidee viel beitragen. Am 28. Oktober hatten wir zur Einleitung der regelrecht 14-tägigen Versammlungen unseren Kollegen Hagemeyer aus Buchloe gerufen. Wir hörten einen Vortrag über die „christliche Gewerkschaftsbewegung im Lichte der Organisationsfragen“, der lange in Erinnerung bleiben wird. Alles was sich in diesem Rahmen sagen läßt, wurde in einer Fülle von Gedanken dargestellt. Auf die Details des Vortrages einzugehen, dies ist in diesem Bericht nicht möglich. Es sei nur hervorgehoben, daß wir es Kollegen Hagemeyer verdanken, die Macht und das Ansehen der Gewerkschaft in der Allgemeinheit besser als bisher kennen gelernt zu haben. Ein nicht minder schöner Abend reichte sich diesem an, am Samstag, den 6. November. Für diese Versammlung wurde als Redner Th. Capitel, Kaufmann gewonnen. Dieser Mann, der sich so warm der christlichen Arbeiterbewegung annimmt, sprach über die Lohnfrage in christlich-stiller Besinnung und über das moderne Schlagwort „Fortschritt“. Einbildunglich und sehr charakteristische der Referent das Jagen und Hasen nach Schweigerei und Einheitsart und zeichnet an praktischen Beispielen den Weg wägher und doch höchstbedeutender Lebensweise. Wenn auch mit volstem Rechte verlangt wird, daß von oben herab gepredigt werden soll, so darf doch der Arbeiterstand in seinem Verhältnis nicht vergessen, daß ihm die gleiche gesellschaftliche Pflicht obliegt, um sich vor selbstverschuldeten Lasten zu heilen. Übergehend auf das moderne Wort „Fortschritt“ gezielte Th. Capitel den falschen Scheinfortschritt und appellierte an die Verneinung dieser Art von Fortschritt. So hat denn für die Stempfer Kollegen, der hier ohnedies lange Winter einen guten Anfang genommen. So sollte es bleiben, d. h. die Mitglieder auch guten Willen zeigen und kommen. Die Zahl jener Bräunberger, die

mit den wichtigsten Ursachen ihr Fernbleiben entschuldigen wollen, dürfte stets kleiner werden. Waren es doch in der letzten Versammlung ihrer neun! Des Guten zu viel — ?

Münch. In einer unserer letzten Versammlungen stand eine Verordnung des Herrn Regierungspräsidenten von Rön, wonach der „Allerheiligen Tag“ (1. Nov.) als ein gesetzlicher Feiertag für den Regierungsbezirk Rön zu gelten habe, zur Diskussion. Man war geteilter Meinung, ob dieser Tag unter den Tarife falle oder nicht. Um nun hierin Klarheit zu schaffen, wurde beschlossen, eine Sitzung mit der Prinzipals-Kommission herbeizuführen. Ueber diese Sitzung referierte in unserer letzten Versammlung Kollege Hillen. Zuerst wurden an der bereits früher vorgelegten Geschäftsordnung des Tariffchiedsgerichtes noch einige Änderungen vorgenommen. Dann kam der Fall „Allerheiligen Tag“ zur Sprache. Die Herren Prinzipalsvertreter erklärten sofort, daß dieser Tag von ihnen als unter den Tarife fallend anerkannt worden sei und somit bezahlt würde. Mit lebhaftem Dank für dieses Entgegenkommen baten die Gehilfenvertreter, diesen Beschluß möglichst bald allen beteiligten tariftreuen Firmen bekannt zu machen. Auch dieses wurde sofort zugestanden. Ueber die Frage eines unparteiischen Vorsitzenden am Tariffchiedsgericht hatten längere Zeit Verhandlungen geschwebt. Die Herren Prinzipalsvertreter teilten mit, daß diese Frage auch ihre baldige Lösung finden würde. Der Gewerbegerichts-Vorsitzender Deder würde sehr wahrscheinlich den Vorsitz übernehmen. Auf Seiten der Gehilfen rief die Mitteilung freudigen Beifall hervor. „Wist doch Herr Deder als ein sehr tüchtiger und streng gerecht urteilender Herr in den Kreisen der Arbeiter hochgeschätzt.“

Nachdem noch einige Mißstände im Gewerbe erörtert, sowie auch einige Verträge gegen den Tarif erörtert waren, kam eine Eingabe der Herren Prinzipale an die Behörden der Stadt und der Post zur Sprache. An der Post werden Buchbinderarbeiten an Postkassierer vergeben und die Stadt beschäftigt Buchbindergehilfen zu untertariflichen Löhnen und soll auch diese Gehilfen mit Heimarbeiten beschäftigen. Während nun die Oberpostdirektion sehr entgegenkommen geantwortet hatte, war von der städtischen Behörde der latonische Bescheid eingelaufen, man wäre nicht in der Lage, näher auf die Eingabe einzugehen. Die Herren Prinzipale wollten sich nunmehr an die einzelnen Stadtverordneten wenden und hoffen, dadurch einen besseren Erfolg zu erzielen. Von unseren Kollegen wurde das Angebot gemacht und freudig angenommen, sie wollten diese Bestrebungen der Herren Prinzipale durch event. persönliche Rücksprache mit den uns nachstehenden Stadtverordneten unterstützen.

Hedner sprach sich noch sehr ausnehmend aus über den Lohn und den ganzen Verlauf der Verhandlungen und hofft, daß durch ein derartiges Gange in Handarbeiten es gelingen möge, in unserer Stadt wenigstens die höchsten Mißstände allmählich auszumergen. Die Gehilfen müßten aber auch alles daran setzen, dem Tarifgedanken immer neue Freunde zuzuführen. Nur wo beiderseitige starke Organisationen vorhanden seien, können von einer tariftätigen Vereinigung des Gewerbes gesprochen werden. Wo ein Wille, da ist auch ein Weg. Kollegen! Aus vorstehendem erhebt sich, daß wir hier in Rön auf dem besten Wege sind, unsere gewerblichen Verhältnisse in geordnete Bahnen zu lenken. Dürfen wir doch jetzt hoffen, daß wir nicht allein als ewige, immer mehr Lohn fordernde Arbeiter gemietet zu werden, sondern als ein geachteter Faktor im gewerblichen Leben.

Als Mitarbeiter am Aufbau unseres so sehr darniederliegenden Gewerbes. Hand aufs Herz! Wer hat's gemacht? Nur einige wenige Kollegen schufen diese besseren Verhältnisse. Ohne auf Dank zu rechnen. Nur wünschen sie von Euch in Eurem Interesse eine etwas regere Anteilnahme an Verbandsleben. Namentlich unsere Einheimischen, die doch den größten Nutzen daraus ziehen, dürften eine kleine Gewissensforschung anstellen. Wie wars früher, wie ist es jetzt?

Nur die Organisation schafft für den Einzelnen und für die Gesamtheit bessere Verhältnisse. Darum heißt die Organisation immer besser auszubauen.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 47. Wochenbeitrag fällig.

Die Zahlstellensverträge, ganz besonders die Ortsleiter werden darauf aufmerksam gemacht, daß im 4. Quartal der Beitragsbeitrag pro 1909 fällig ist. Für männliche 40 Pfg. und für weibliche Mitglieder 20 Pfg.

Man wolle die Erhebung dieses außerordentlichen Mitgliedsbeitrages nicht auf die letzte Woche verschieben, sondern jetzt schon auf Abnahme dieser Karten drängen.

Wir machen diejenigen Zahlstellen, welche pro III. Quartal 09 noch nicht abgerechnet haben darauf aufmerksam, daß, wenn in den nächsten Tagen keine Regelung erfolgt, zu den schärfsten Maßnahmen geschritten wird.

Zugung nach Greifeld und Bielefeld ist streng fernzuhalten.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1910 kann auch in dieser Woche den Bestellern noch nicht übermittelt werden. Die gewünschten Exemplare, waren bis jetzt noch nicht erhältlich.

Der Zentralvorstand
J. A. Hornbach

Bei der Zentralkasse gingen bis zum 15. Nov. Abrechnungen und Gelder ein: Neuh., Bonn, Freising, Freiburg, Münster, Vendersdorf, Paderborn, Düren, und Dülmen.

Het. Guppert, Zentralkassierer.

Einladung.

Am 8. Dezember nachm. 4 Uhr findet im Verbandslokale bei Herrn Alois Schmitz in Dülmen i. W. Bezirkskonferenz statt. Die Zahlstellen und Einzelmitglieder des Bezirkes Münster werden um rege Beteiligung ersucht.

Tagessordnung:

1. Verlesung des Protokolls der vorjährigen Bez.-Konferenz in Münster.
2. Bericht des Bezirksleiters Kollegen Hillen und Diskussion.
3. Beratung der gestellten Anträge.
4. Wahl des Bezirksvorstandes.
5. Referat des Zentralvorsitzenden Kollegen Hornbach.
Thema: Aufgaben der Bezirksleiter, Vorstandskollegen und Vertrauensleute.
6. Verschiedenes.
Kollegen aus anderen Bezirken sind willkommen. Legitimation Verbandsbuch.
Im Auftrage der Bez.-Leitung:
Friedr. Anad, Schriftführer

Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:

- Magen. Jeden 2. Samstag im Monat im Lokale Blum Anfang punkt 9 Uhr.
- Augsburg. Samstag, den 27. Nov. im Gasthaus zur Pelikan, Lauterbach.
- Barmen. Jeden 4. Samstag im Monat, im Restaurant Daniels, Schubarthstr. 23.
- Berlin. Montag, den 22. Nov., punkt 8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends im Vereinshaus Rippenstr. 62.
- Bielefeld. Donnerstag, 25. Nov., bei Debour, Herfordstraße 84.
- Bonn. Montag, den 20. Dez., abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr im Restaurant Langen, Clemens-Auguststr. 6.
- Donaueschingen. Jeden 1. Samstag im Monat im Vereinslokale Karl Abner, Schafes Gt.
- Dülmen i. W. Alle 4 Wochen Sonntagmorgens 11 Uhr bei Alois Schmitz, 8. Dez. nachm. 4 Uhr Bezirkskonferenz.
- Düsseldorf. Freitag, den 26. Nov., abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im St. Paulushaus, Luisenstr. 33-35.
- Eberfeld. Jeden 2. Samstag im Monat. Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr allgem. Bildungsverein, Luisenstraße 45.
- Effen. Jeden 1. Dienstag im Monat im Alfredshaus.
- Frankfurt. Jeden 1. Dienstag im Monat. Versammlungstotal: „Goldene Jang“.
- Freiburg. Im Referatslokal der christl. Gewerkschaften, Braueri Gantler, Schiffstraße, alle 14 Tage nach Erscheinen der Zeitung.
- Freising. Jeden letzten Samstag im Monat im Gasthaus zum Birelswirt.
- Geuzendach (Schwarzwalde). Jeden ersten Sonntag im Monat, vorm. 11 Uhr im Verbandslokale (Peter).
- Gagen. Samstag, den 27. Nov., abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. im Lokale „Wetten“, Gochstr. 73.
- Hamburg. Alle 14 Tage Samstags Restauration Wolf, Herengraben 2.
- Hofmannsdorf. Jeden ersten Sonntag im Monat nachm. 3 Uhr bei Gastwirt Höfgen in Bilkum.
- Köln. Samstag, den 20. Nov. Versammlung, mit Vortrag.
- Kempfen, Algen. Samstag, 20. Nov. im Gasthaus zur Krone Alstadt.
- Kundersdorf. Jeden 3. Sonntag im Monat abwechselnd in Kreuzweg und Vendersdorf.
- München. Dienstag, 23. Nov., i. Jägergarten, Jägerstr. 5. Versammlung mit Vortrag. Außerdem höchst wichtige Tagesordnung. Vollständiges Erscheinen Verbindung. Beginn punkt 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Münster i. W. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat bei Th. Weissenböter, Königsstr. Anf. 8 Uhr.
- Nürnberg. Jeden 3. Samstag im Monat.
- Paderborn. Montag, den 22. Novemb., abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Domkirche (Rues).
- Regensburg. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jakobskirche.
- Stuttgart. Jeden zweiten Mittwoch im Monat abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im zw. Handwerkerhaus, Weberstr. 2.
- Strasbourg. Jeden letzten Samstag im Monat.
- Würzburg. Samstag, den 27. Nov.

Den Vorsitzenden der Zahlstelle Münster i. W. Kollegen Heinrich Broer die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung.

Die Kollegen der Zahlstelle Dülmen.

Unsere lieben Kollegen Franz Hermann sowie seiner verehrten Frau Fel. Franziska Meyer die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Kollegen der Zahlstelle Dülmen i. W.

Unsere lieben Vorsitzenden Heinrich Broer sowie seiner verehrten Frau Maria Wiesguth die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Kollegen der Zahlstelle Münster i. W.

Wiesbaden.

L. S. in München. Der Artikel Einseiferflüsse mußte leider für die nächste Nummer wegen Fortschrittsartikel zurückgestellt werden. J. S. Augsburg und N. A. Regensburg, Straßporto.

Verantwortlich: A. Hornbach-Rön, Palmstraße 14.
Druck: Schmitz & Co., Rön-Grenfeld.